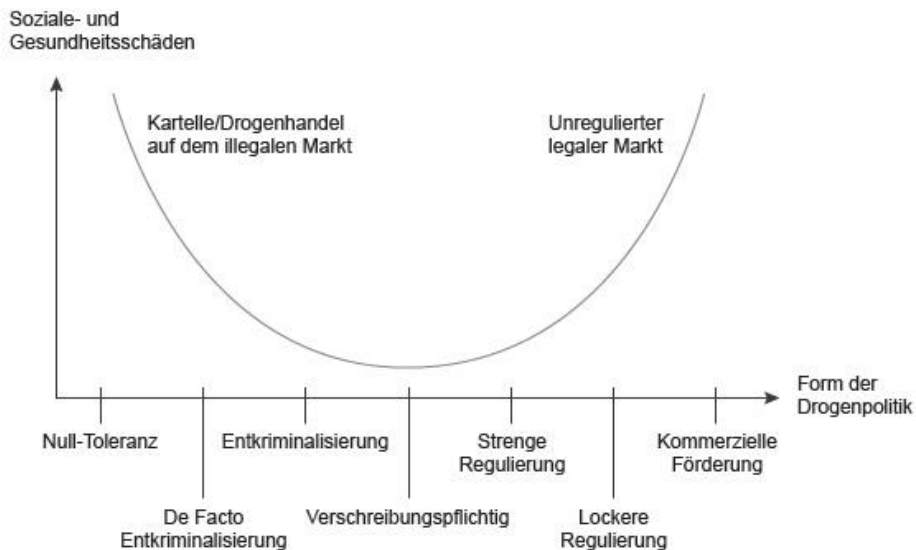


Weniger Strafen, mehr Verantwortung

Seite 2/3:

Zwischen Gesetzen und Drogenkonsum gibt es keinen messbaren Zusammenhang Das Paradoxon der Prohibition

Sowohl eine totale Prohibition als auch eine kommerzielle Förderung von Drogen haben erhebliche negative soziale und gesundheitliche Auswirkungen.



Quelle: Transform

© ZEIT ONLINE

© ZEIT ONLINE

Die EU-Drogenbeobachtungsstelle EBDD begann in dieser Zeit, den Zusammenhang von Gesetzen und Drogenkonsum ebenfalls über einen Zeitraum von zehn Jahren zu untersuchen. Schließlich gibt es im internationalen Vergleich Staaten, die Drogenhandel und -konsum sehr stark verfolgen, zum Beispiel Schweden und einige Staaten der USA. Doch während Schwedens Bevölkerung sich seltener berauscht als Menschen in vielen anderen Ländern, herrscht in den USA Hochkonjunktur für verschiedenste Stoffe.

Das Ergebnis der EBDD ist ernüchternd. Strikte Verbote bedeuten mal viel, mal wenig Drogenkonsum. Für liberalere Gesetze gilt dasselbe. Selbst wenn Staaten entschieden hatten, ihre rechtlichen Vorgaben zu verschärfen, blieb das gleiche Bild: In einigen Ländern mit stärkeren Gesetzen griffen weniger zu Drogen, in anderen mehr. Es lässt sich kein Zusammenhang zwischen gesetzlichen Strafen und Drogenkonsum ermitteln.

Was sagen aber Menschen, die in ihrem Alltag auch mal zu Cannabis, Ecstasy, Kokain oder andere verbotene Stoffe greifen? Wie würde sich ihr Konsumverhalten verändern, wenn der Besitz kleiner Mengen einer illegalen Droge etwa mit einem Strafzettel geahndet würde und nicht mit einer Anzeige? Fast 17.000 Teilnehmer des Global Drug Surveys, der weltweit größten anonymen Onlineumfrage unter Drogenkonsumenten,

haben diese Frage beantwortet. Rund 60 Prozent gaben an, sie würden deshalb nicht mehr konsumieren. Ebenso viele würden auch nicht noch andere Substanzen ausprobieren.

Entscheidend ist, über die Gefährlichkeit einer Droge aufzuklären

Nun sind Onlineumfragen durchaus mit Vorsicht zu behandeln. Die Teilnehmer geben nicht zwingend ehrliche Antworten. Und ihre Antworten lassen sich in diesem Fall nicht verallgemeinern. Für die befragte Gruppe jedoch wird deutlich: Sie konsumieren bewusst, wollen einen kontrollierten, sicheren Rausch.

Die repressive Drogenpolitik sei nicht haltbar, weil sie niemandem nützt und niemanden vom Konsum abhält, sagt der ehemalige Professor für Strafrecht und Kriminologie, Lorenz Böllinger. Er ist einer der Initiatoren der deutschen Resolution für ein radikal anderes Drogenstrafrecht. Im Gegenteil, die Drogenpolitik "richtet erhebliche Schäden an", sagt er. Das fängt mit der Verfolgung der Konsumenten an. In Deutschland fanden sich im vergangenen Jahrzehnt mehr als eine Million Cannabiskonsumenten in Strafverfahren wieder. Dealer und Kartelle aber bleiben weitgehend unbehelligt. "Und es endet damit, dass die Leute nicht ausreichend über die Gefahr einzelner Drogen informiert werden", sagt Böllinger. Das Verbot verhindere Aufklärung.

Das Geld dafür versickert derzeit im Sumpf von Sicherheit und Ordnung. "Die Kosten der strafrechtlichen Verfolgung gehen in die Milliarden", sagt Böllinger. Auf sieben Teile Repression entfalle nur ein Teil auf Information und Suchtbetreuung. "Wir bestrafen derzeit statt zu schützen." Es sei an der Zeit, die Leute "drogenmündig" zu machen. Es geht nicht mehr um einen Krieg gegen die Drogen, sondern darum, Frieden mit ihnen zu schließen.

Wäre das die Legalisierung um jeden Preis? Schließlich sind Drogen sehr riskante Stoffe, argumentieren Kritiker einer liberalen Drogenpolitik. Es gehe um den Schutz der Bevölkerung. Drogen wie Cannabis gehörten verboten, weil sie die Gesundheit gefährden. "Es ist absolut richtig, dass Cannabis kein harmloses Produkt ist", sagt Raphael Gaßmann, der Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen. Unter Millionen Konsumenten gibt es auch Hunderttausende Abhängige. Und Cannabis kann unter Umständen schwere Psychosen und kognitive Schäden auslösen. "Doch gibt es auch keine Produktkontrollen und keine Qualitätssicherung für den Stoff, was die Risiken des Konsums noch einmal enorm erhöht", sagt Gaßmann. Das ist aufgrund der Nulltoleranz-Politik nicht möglich. Gleiches gilt für Kokain, Heroin und Ecstasy.

<http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2014-04/drogenpolitik-deutschland-cannabis/seite-2>